

Der Dritte Weg im Zeitalter des Kalten Krieges

Konferenz des Deutschen Historischen Instituts London und des Instituts für Zeitgeschichte
am 4. und 5. Juli 2003 in der Abteilung Berlin des IfZ

Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis hinein in den Wiedervereinigungsprozess hatte es oft den Anschein, als sei die Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas nur über eine Neutralisierung der „Zentralmacht“ zu erreichen. Sowohl von deutscher Seite wie auch auf Seiten der für Deutschland als Ganzes verantwortlichen Mächte wurden Versuche unternommen, den Neutralisierungsgedanken politisch auszuloten und so zu einer neuen Friedensordnung in Europa zu gelangen. Warum scheiterten diese Pläne? Schließlich gab es Beispiele dafür, dass die strikten Zuordnungen des Ost-West-Gegensatzes Ausnahmen zuließen: Titos Jugoslawien scherte 1948 aus dem sowjetischen Machtbereich in die Blockfreiheit aus. Finnland wurde als nicht-kommunistischer Staat in der direkten Nachbarschaft der Sowjetunion geduldet. Österreich erlangte 1955 seine territoriale Integrität und nationale Souveränität als neutraler Staat wieder. In demselben Jahr trat eine Blockfreien-Bewegung an die Weltöffentlichkeit, die hauptsächlich aus ehemaligen Kolonien in Asien und Afrika bestand und Unabhängigkeit von den beiden militärischen Blöcken demonstrierte.

Das Deutsche Historische Institut London und das Institut für Zeitgeschichte München-Berlin (IfZ) machten das Phänomen dieser „Dritten Wege im Kalten Krieg“ zum Gegenstand einer Konferenz, die am 4. und 5. Juli 2003 in der Abteilung Berlin des IfZ stattfand. International vergleichende Studien über Neutralisierungspläne im Kalten Krieg sind bislang Mangelware. Gleiches gilt für systematische Analysen der Weltanschauungen und Interessenlagen jener Personen, Gruppen und Staaten, die sich der Integration in die NATO und den Warschauer Pakt zu entziehen versuchten bzw. mit Erfolg entzogen. Die Tagung betrat daher in mancher Hinsicht thematisches Neuland. Im Mittelpunkt des Interesses standen drei Themenkomplexe, denen jeweils eine Sektion der Konferenz gewidmet war: erstens die deutschen Befürworter einer Neutralisierung; zweitens Neutralisierungsbestrebungen und Erfahrungen mit der Neutralität in anderen Staaten; drittens die Neutralisierung Deutschlands im Rahmen der Viermächte-Verantwortung.

Anthony Nicholls (Oxford) betonte in seiner *Keynote Speech* den Bruch, den das Jahr 1945 für die außenpolitischen Orientierungen der Deutschen bedeutete. Zwar habe der Rückgriff auf traditionelle Denkmuster der deutschen Diplomatie in den Konzepten deutscher Neutralisten eine größere Rolle gespielt als etwa für Adenauers revolutionäre Politik der Westintegration. Dennoch sei es falsch, im Umkehrschluss Bismarcks oder Stresemanns Außenpolitik als „neutralistisch“ zu bezeichnen. Gerade mit Blick auf Bismarcks hochkomplexes System europäischer Bündnisse, so Nicholls, führe der Terminus „Neutralismus“ in die Irre. Eine unabhängige Politik wechselnder Allianzen, wie Bismarck sie betrieb, sei nicht mit Neutralismus zu verwechseln. Eher könne man die britische Position einer *splendid isolation* als neutralistisch qualifizieren. Mit seiner Betonung der historischen und begrifflichen Unterschiede zwischen „Isolationismus“, „Neutralität“, „Disengagement“ und „Blockfreiheit“ regte Nicholls eine terminologische Diskussion an, die sich als roter Faden durch alle folgenden Sektionen zog.

Die erste Sektion der Tagung beschäftigte sich mit den Konzepten von Politikern und Intellektuellen in der Bundesrepublik und der DDR, die auf dem Wege der Neutralisierung die Einheit Deutschlands zu erreichen

hofften. **Udo Wengst** (München) zeigte, dass Adenauers Politik der Westintegration auch in den Reihen von CDU und FDP nicht widerspruchlos unterstützt wurde. Wengst vertrat die These, dass es nicht nur wenige Solisten waren, die gegen Adenauers Deutschlandpolitik opponierten. Vielmehr bezweifelten mehrere einflussreiche Politiker, die nicht unbeträchtliche Strömungen innerhalb beider Parteien repräsentierten, dass Adenauers Politik die Wiedervereinigung bringen würde. Welchen Status das wiedervereinigte Deutschland haben sollte, das sie dem Konzept des Kanzlers entgegensetzten, wurde nicht immer deutlich gesagt. Letztlich seien aber die Überlegungen stets auf ein nicht in ein Verteidigungsbündnis eingebundenes, unabhängiges und damit neutrales Deutschland hinaus gelaufen.

August Leugers-Scherzberg (Essen) machte in seinem Vortrag über die SPD und den Neutralismus in den fünfziger Jahren deutlich, welche große Schwierigkeiten die deutschen Sozialdemokraten mit Neutralisierungskonzepten hatten. Am Beginn und am Ende der langen fünfziger Jahre habe die SPD-Führung aus Furcht vor kommunistischer Zersetzung neutralistische Strömungen aus der Partei ausgeschlossen. Zunächst habe es diejenigen getroffen, die die Weststaatsoption in Frage stellten; wenig später solche, die das Remilitarisierungsprojekt von pazifistisch-neutralistischen Positionen aus bekämpften. Anfang der sechziger Jahre seien dann die Teile der Partei verdrängt worden, die die Akzeptanz der Westintegration in Frage stellten. Dazwischen jedoch sei der Kurs der Parteiführung selbst unter Neutralisierungsverdacht geraten: in ihrer Haltung zu den Stalinnoten, dem EVG-Vertrag, dem NATO-Beitritt, ihren Vorschlägen zu den Genfer Konferenzen, gipfelnd im Deutschlandplan von 1959.

Alexander Gallus (Chemnitz) vertrat in seinem Überblick über Neutralismuskonzepte in den westdeutschen Protestströmungen die Ansicht, die eigentliche Bedeutung des Nationalneutralismus in der Bundesrepublik habe in seinem Scheitern gelegen. Die Schwäche der Neutralisten sei ein deutlicher Ausdruck für den radikalen Bruch der Bundesrepublik mit anti-westlichen dritten Wegen. Anhand einer Analyse von demoskopischen Umfragen aus vier Jahrzehnten erläuterte Gallus, dass diese Entwicklung ebenso wenig selbstverständlich war wie die Akzeptanz der Westoption. Anschließend analysierte er zentrale Argumentationsmuster, die vielen nationalneutralistischen Gruppierungen gemeinsam gewesen seien, etwa den Rückgriff auf überkommene Denkfiguren aus der Zeit vor 1945, Ideen von der Nation als einer Gefahren- und Befreiungsgemeinschaft, die Anerkennung legitimer Sicherheitsinteressen der Sowjetunion oder die Unterscheidung zwischen einer militärischen und einer kulturellen Westbindung.

Dominik Gepperts (London) Beitrag befasste sich mit Vorstellungen eines Dritten Weges im anderen Teil Deutschlands. Die neutralistischen Konzepte der revisionistischen Opposition in der DDR, die im Mittelpunkt seiner Ausführungen standen, hatten laut Geppert eine doppelte Stoßrichtung: Auf der einen Seite hätten sie dazu gedient, für Deutschland territoriale Integrität und nationale Souveränität wiederzugewinnen. Auf der anderen Seite sollten sie helfen, den praktizierten Sozialismus durch Rückbesinnung auf die wahre marxistisch-leninistische Lehre zu verbessern. Geppert betonte die Gemeinsamkeiten in den Ideen neutralistisch gesinnter DDR-Intellektueller wie Wolfgang Harich, Robert Havemann, Rudolf Bahro und Hermann von Berg. In ihrer Situationsanalyse seien sie sich insofern nah gewesen, als sie jeweils eine Veränderung der weltpolitischen Wetterlage und gleichzeitig eine radikale Herausforderung der ideologischen Orthodoxien wahrzunehmen glaubten. Träger der Einheitsbewegung sollte in ihren Konzepten jeweils ein Bündnis der fortschrittlichen Kräfte in Ost und West unter der Führung einer kleinen Avantgarde sein. Die Vereinigung selbst sei oft als Stufenprozess konzipiert gewesen, der eher auf einen Anschluss der Bundesrepublik an die DDR hinauslief als umgekehrt.

In der zweiten Sektion wurde der Blick auf mehrere Beispiele praktisch erprobter Neutralität und gescheiterter Neutralisierungspläne außerhalb Deutschlands gelenkt. **Michael Gehler** (Innsbruck) setzte in seinem Referat über Neutralität und Neutralisierungspläne in Mitteleuropa die erfolgreiche Neutralitätslösung Öster-

reichs in Beziehung zu dem im Herbst 1956 gescheiterten nationalpolitischen Befreiungsversuch in Ungarn, wo Imre Nagy eine Neutralität „nach österreichischem Vorbild“ angestrebt hatte. Ähnlich wie der polnische Rapacki-Plan des folgenden Jahres zeige die Entwicklung in Ungarn, so Gehler, welche potentiell destabilisierende Sogwirkung Neutralisierungspläne in Mitteleuropa in jenen Jahren entfalteten. Freilich dürfe man nicht übersehen, dass eine Vorentscheidung für all diese Mittel- und Osteuropa betreffenden Ideen schon mit der fehlgeschlagenen Neutralisierung Deutschlands in den Jahren 1945 bis 1955 gefallen sei. Die Westintegration der Bundesrepublik habe das weitere Schicksal seiner Nachbarn in der Mitte und im Osten des Kontinents so beeinflusst, dass nur noch kleine und periphere Neutralitätslösungen verblieben.

Jürgen Lütt (Berlin) machte in seinem Beitrag über Nehrus Indien und die Blockfreienbewegung deutlich, dass Neutralität und *Nonalignment* nicht auf Europa beschränkt blieben, dass man auch außereuropäische Interessenlagen und Geistesströmungen in die Analyse von Neutralitätskonzepten im Kalten Krieg einbeziehen muss. Lütt legte dar, dass die Motive und Ideen, mit denen Jawaharlal Nehru die Blockfreienbewegung in Gang brachte und legitimierte, aus dem indischen Unabhängigkeitskampf und aus seiner eigenen Biographie erwachsen waren. Nehru habe versucht, vor allem mit dem kommunistischen China „asiatische Solidarität“ zu demonstrieren. Die Gründe für den Niedergang der Bewegung verortete Lütt nicht zuletzt in Nehrus Politik. Als dieser 1961 die portugiesische Kolonie Goa mit Waffengewalt besetzen ließ und es 1962 zum Krieg zwischen Indien und China kam, habe beides den Prinzipien der Blockfreienbewegung ausdrücklich widersprochen. Mit Nehrus Tod 1964 hätten die Blockfreien ihre treibende Kraft verloren.

Am Beispiel der finnischen Initiative für eine europäische Sicherheitskonferenz im Mai 1969 analysierte **Kimmo Rentola** (Helsinki) die Gemengelage von Abhängigkeitsverhältnissen und geschickt genutzten Handlungsspielräumen, die unter den Bedingungen der Bipolarität die Politik eines neutralen Staates bestimmten. Die Motive Finnlands und der UdSSR, so Rentola, seien komplexer gewesen als man bisher angenommen habe. Es sei aus finnischer Sicht nicht nur darum gegangen, mit der Konferenzinitiative die Festschreibung des Status quo in Europa zu erreichen, die sowohl im finnischen wie im sowjetischen Interesse lag. Vielmehr habe man sich außerdem gegen sowjetischen Druck sichern und zusätzliche Handlungsfreiheit gewinnen wollen. In der Sowjetunion sei das wohl vermerkt und übel aufgenommen worden. Dort fürchtete man, in Ostmitteleuropa könne die Attraktivität einer Neutralität nach finnischem Muster wachsen und die sowjetische Hegemonie unterminieren. 1971 hätten sich jedoch in Moskau diejenigen Kräfte durchgesetzt, die die Chancen der Konferenzidee für größer hielten als deren Risiken.

In der abschließenden dritten Sektion ging es um die Haltung, die die vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs in den Jahrzehnten nach 1945 zur Idee eines neutralen Gesamtdeutschland einnahmen. **Rolf Steininger** (Innsbruck) skizzierte das Spannungsfeld, in dem die deutsche Frage während der Jahre der Besatzungsherrschaft 1945 bis 1949 diskutiert wurde. Auf der einen Seite machte man sich Gedanken, wie die Welt vor siebzig Millionen Deutschen in Sicherheit leben könne. Auf der anderen Seite stand die Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion, die zunehmend das politische Handeln der Siegermächte in der Deutschlandfrage bestimmte. Vor diesem Hintergrund analysierte Steininger Entstehung und Scheitern dreier Konzepte, die eine Lösung der deutschen Frage nicht durch Teilung, sondern im Zuge einer Einigung der Kriegesalliierten anvisierten: die Vorstellungen des amerikanischen Außenministers James F. Byrnes aus den Jahren 1945 und 1946 sowie die Pläne, die der britische General Brian Robertson und der amerikanische Diplomat George F. Kennan unabhängig voneinander während der Berlin-Blockade entwickelten.

Hermann Graml (München) vertiefte in seinem Vortrag über die Haltung der Westmächte zur Neutralisierung Deutschlands in den Jahren 1949 bis 1955 eine Frage, die bereits von Gehler und Steininger angeschnitten worden war: Warum kam es im Falle Deutschlands, anders als in Österreich, nicht zu einer einvernehmlichen Lösung, bei der territoriale Integrität und nationale Souveränität zum Preis der Neutralität zugestanden

wurden? Graml nannte drei Gründe dafür, dass die Westmächte die Verhinderung eines neutralen Deutschlands seit dem Sommer 1946 in den Rang eines Axioms erhoben. Erstens habe man der Sowjetunion keinen Machtzuwachs in Mitteleuropa zugestehen wollen und zugleich die Verteidigung Europas ohne Westdeutschland für unmöglich gehalten. Zweitens sei der ökonomische Beitrag der Bundesrepublik zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas notwendig gewesen. Drittens habe eine Neutralisierung die deutsche Wiedervereinigung vorausgesetzt, die aus Sicht der Westmächte wegen der potentiellen Macht eines vereinten Deutschlands und wegen des Risikos einer möglichen Wiederaufnahme deutscher Schaukelpolitik unerwünscht gewesen sei.

In einem Kommentar zu Gramls Referat erläuterte **Gerhard Wettig** (Kommen) die sowjetische Haltung gegenüber den westdeutschen Neutralisten. In Moskaus Sicht sei der Neutralismus nach dem Kriterium des „historischen Fortschritts“ zu beurteilen gewesen, der auf die Durchsetzung des Sozialismus ausgerichtet war. Alle Kommunisten hätten sich demnach auf die Seite des sozialistischen Lagers zu stellen. Anders habe die Lage ausgesehen, wenn es um die Haltung zu Kräften im Westen ging, die nicht an Moskau gebunden waren. Dort mochte eine neutralistische Orientierung zunächst eine Distanzierung von der Gegenseite und anschließend einen politischen Frontwechsel einleiten, der das Kräfteverhältnis zugunsten der UdSSR veränderte. Die Einschätzung, inwieweit damit zu rechnen war, sei für Stalin – auch und gerade bei der Note vom 10. März 1952 – der ausschlaggebende Gesichtspunkt gewesen.

Welche Kontinuitäten und Diskontinuitäten die Einstellung der Westalliierten zur deutschen Frage während der Phase der Entspannungspolitik prägten, analysierte **Roger Morgan** (London) am Beispiel der amerikanischen und englischen Reaktion auf die neue Ostpolitik der Regierung Brandt-Scheel nach 1969. Zwar hätten Washington und London die flexiblere Haltung der Bundesregierung gegenüber dem Osten begrüßt. Gleichzeitig sei man jedoch besorgt gewesen, die Dynamik der westdeutschen Ostpolitik könne die Position der Vereinigten Staaten und Großbritanniens in Berlin und ihre Deutschland als Ganzes betreffenden Rechte unterminieren. Langfristig habe man eine wachsende Abhängigkeit Bonns von Moskau befürchtet, in deren Folge die Westbindung der Bundesrepublik womöglich durch eine neutralere Orientierung ersetzt werden könnte.

Die Befürchtungen der Briten und Amerikaner waren gering im Vergleich zu den Sorgen in Frankreich, wo die Möglichkeit eines wiedervereinigten und ungebundenen Deutschlands als „Albtraum“ wahrgenommen wurde, wie **Georges-Henri Soutou** in seinem Beitrag über die französische Haltung zwischen 1952 und 1990 ausführte. Im Verlauf des Kalten Krieges seien in Paris zwei Möglichkeiten ernsthaft in Betracht gezogen worden: erstens die Lösung der „doppelten Sicherheit“ sowohl gegen die Sowjetunion als gegen Deutschland durch die dauerhafte Teilung Deutschlands, wie sie von der Vierten Republik und den Präsidenten Georges Pompidou und Valéry Giscard d'Estaing bevorzugt worden sei; zweitens die Lösung eines gezähmten Deutschlands in einer neuen europäischen Sicherheitsordnung, die durch Paris und Moskau beherrscht wäre. Das, so Soutou, sei de Gaulles Lösung gewesen. François Mitterrand habe zwischen diesen beiden Hauptmöglichkeiten geschwankt, und dieses Schwanken erkläre seine Haltung in der Zeit der Wiedervereinigung.

Christian Hacke (Bonn) vertrat in seinem Abschlussvortrag die These, das Modell eines neutralen wiedervereinigten Deutschlands sei 1989/90 an der neuen Machtkonstellation in Deutschland, in Europa und der Welt gescheitert. Es habe im Zuge der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Zwar sei von sowjetischer Seite die Forderung nach einem neutralen vereinten Deutschland wünschenswert erschienen und konsequenterweise auch vorübergehend gefordert worden. Doch hätten der Sowjetunion Macht und Handlungsspielraum gefehlt, so dass diese Forderung schließlich fallengelassen werden musste. Denn auf westlicher Seite hätten die Westbindung und NATO-Zugehörigkeit eines vereinten Deutschlands zu keinem Zeitpunkt zur Disposition gestanden.

Ausgangspunkt der Diskussionen in allen drei Sektionen war zumeist die Forderung nach größerer begrifflicher Genauigkeit und Trennschärfe, da Allianz- und Blockfreiheit, Neutralität, Neutralisierung, Neutralismus und Dritter Weg zu wenig auseinander gehalten würden – sowohl im zeitgenössischen Diskurs wie in der Forschungsdiskussion. Ein Grundproblem bestand darin, dass die Termini, mit denen der Historiker heute operiert, von den Zeitgenossen nicht selten als Kampfbegriffe benutzt wurden, sei es um den politischen Gegner zu diffamieren oder eigene positive Forderungen zu umreißen. Am Beispiel von Adenauers Aussagen zur österreichischen Neutralität wurde darüber hinaus deutlich, wie sehr selbstbewusste öffentliche Stellungnahmen von alarmierten internen Äußerungen abweichen können, wie notwendig daher die sorgfältige Unterscheidung zwischen proklamierter Politik und wirklichen Motiven ist.

Einigkeit bestand darüber, dass es notwendig sei, Neutralität und Neutralisierung stärker als bisher nicht nur auf einer abstrakten begrifflichen Ebene zu behandeln, sondern stärker in ihren jeweiligen nationalspezifischen Kontexten und den zeitgenössischen Zusammenhängen der internationalen Politik zu analysieren. Gerade in den Vorträgen und Diskussionen der zweiten Sektion wurde deutlich, wie sehr die Politik neutraler Staaten und damit die konkrete Ausformung von Neutralität durch die jeweils unterschiedlichen Interessenlagen der betreffenden Staaten geprägt waren. Erhard Busek wies darauf hin, dass die Bezeichnung „Finnlandisierung“ im Westen beinahe als Schimpfwort aufgefasst wurde, während sie aus Sicht ostmitteleuropäischer Länder wie Ungarn oder der Tschechoslowakei eine verheißungsvolle Perspektive bedeutete. Was „neutral“ sei, müssten die neutralen Staaten jeweils selbst bestimmen, so Gehler. Steininger ging noch einen Schritt weiter, indem er behauptete, die Neutralen seien im Kalten Krieg selten wirklich „neutral“ gewesen. Wiens Abstimmungsverhalten in den Vereinten Nationen könne in diesem Zusammenhang ebenso als Beispiel dienen wie Österreichs politisch-kulturelle Westorientierung.

Überhaupt spielte die Frage nach Zusammenhängen zwischen außenpolitischer Orientierung auf der einen und gesellschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen, weltanschaulichen Grundausrichtungen, kollektiven Wahrnehmungs- und Verhaltensmustern auf der anderen Seite eine wichtige Rolle in den Diskussionen. Busek sah eine Verbindung zwischen der österreichischen Mentalität des Durchwurstelns und der blockpolitischen Neutralität. Geppert machte deutlich, dass die revisionistischen Intellektuellen in der DDR nicht nur einen Dritten Weg zwischen den Militärblöcken, sondern auch zwischen Stalinismus und Kapitalismus suchten. Gehler verwies darauf, dass die blockpolitische Neutralität als Distinktionsmerkmal – etwa im Falle Österreichs, Finnlands und Irlands – auch ein probates Mittel gewesen sei, sich gegen einen übermächtigen Nachbarn abzugrenzen.

Mit Blick auf die deutsche Frage wurde auf der Tagung einmal mehr betont, wie sehr die Vertreter neutralistischer Positionen in der Bundesrepublik (und erst recht in der DDR) politisch marginalisiert waren. Zugleich wurde aber auch deutlich, dass die Perspektive einer Neutralisierung Deutschlands bis weit in die fünfziger Jahre hinein von Verfechtern der Westintegration als reale Bedrohung ihrer Politik wahrgenommen wurde. Die Sorgen der Westmächte, die Neutralisierung Deutschlands werde mittelfristig zu einer Annäherung an die Sowjetunion und zur Wiederaufnahme einer Schaukelpolitik führen, war nicht auf die fünfziger Jahre beschränkt, sondern flackerte später immer wieder auf. Hagen Schulze und Gottfried Niedhart verwiesen in diesem Zusammenhang darauf, wie wichtig es sei, historische Denkschablonen von Politikern und Diplomaten – etwa das „Rapallo-Syndrom“ – zu untersuchen. Busek unterstrich dies, indem er feststellte, wie sehr die Erinnerung österreichischer Politiker an den „Anschluss“ von 1938 die Haltung zu Deutschland und damit indirekt auch die Ausgestaltung der „immerwährenden Neutralität“ geprägt habe.

Insgesamt wurde deutlich, dass eine intensivere Erforschung der „Dritten Wege“ zwischen den Blöcken neue Erkenntnisse über das Wesen des Kalten Krieges liefern kann. Erfolgreiche wie gescheiterte Neutralitäts- und

Neutralisierungskonzepte sind wichtige Indikatoren für den Handlungsspielraum der Politik unter den Bedingungen der bipolaren Weltordnung.

Eine Veröffentlichung der Konferenzergebnisse wird vorbereitet.

Dominik Geppert

Deutsches Historisches Institut London
17 Bloomsbury Square
UK – London WC1A 2NJ

Copyright

Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen
in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2003.

Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der AHF in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

AHF, Aldringenstraße 11, 80639 München
Telefon: 089 - 13 47 29, Fax: 089 - 13 47 39
E-Mail: info@ahf-muenchen.de, Website: <http://www.ahf-muenchen.de>

Empfohlene Zitierweise / recommended citation style:

AHF-Information. 2003, Nr.065
URL: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2003/065-03.pdf>